

- 1. Wie stehen Sie zur Windenergienutzung auf den Marburger Vorrangflächen? Welche konkreten Maßnahmen planen Sie ggf., um die Errichtung und Nutzung von Windenergieanlagen auf den Marburger Vorrangflächen voranzutreiben? Welche Rolle spielen die Stadtwerke in Ihren Plänen?**

Klimakrise kann nur mit einem Umstieg auf regenerative Energien erfolgen. Dabei spielt Wind eine große Rolle. Im von mir vorgelegten und von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Klimaaktionsplan heißt es: „Die maximale Anzahl von Windkraftanlagen in den Wind-Vorranggebieten im Stadtgebiet im größtmöglichen Einvernehmen mit den Bürger*innen zu errichten, vorzugsweise als Bürger*innenwindanlagen.“ Daran werde ich mich halten.

Priorität haben für mich dabei als Betreiber immer die Stadtwerke. Mein Ziel ist, dass die in Verantwortung und unter Mitwirkung der Stadtwerke Marburg erzeugte und den Bürger*innen der Universitätsstadt angebotene Energie rechnerisch den Energiebedarf der Universitätsstadt Marburg deckt. Die Stadtwerke müssen zunächst die Möglichkeiten der Realisierung anhand der neuen Verwaltungsvorschrift des Landes Hessens prüfen.

- 2. Was sind Ihre Vorstellungen für die klimaneutrale Bereitstellung von Wärmeenergie in Marburg? Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um dieses Ziel zu erreichen?**

Klimaneutrale Wärme kann beispielsweise durch Erdwärme, Wärmepumpen oder Biogas gewonnen werden. Wärmenetze sind dabei deutlich effizienter. Mein Ziel ist – wie im Klimaaktionsplan vorgesehen – zukünftig das Thema Klimaschutz insbesondere in Bezug auf Wärme entsprechend in Bebauungsplänen zu verankern. Damit befasst sich bereits der Klimabeirat.

- 3. Wie wollen Sie den energetischen Sanierungsstau im Gebäudebestand Marburgs aufheben?**

Energetische Sanierung von Gebäuden birgt das höchste Potential, um CO₂ einzusparen, für Marburg bis zu 50 % der Emissionen. Deshalb hat die energetische Modernisierung von Gebäuden oberste Priorität. Dabei gilt: zuerst schlecht isolierte Nachkriegsbauten und Wohnraum vor Nutzraum, da Wohnraum länger und intensiver beheizt wird. Dazu habe ich bereits 2019 den „sozialen Energiebonus“ in den Haushalt mit zunächst zwei Mio. Euro aufgenommen. Damit soll Geschosswohnungsbau warmmietenneutral saniert werden, um den sozialen Ausgleich sicherzustellen. Langfristig plane ich bis 2030 dafür insgesamt ca. 60 Mio. Euro ein. Dazu kommen Förderprogramme für private Immobilienbesitzer, mit denen wir die Programme von Bund und Land ergänzen.

- 4. Wie stehen Sie zur Nutzung von Kleinwasserkraftanlagen an der Lahn, insbesondere dem bereits projektierten Wasserrad an der Ölmühle?**

Kleinst- und Kleinwasserkraftanlagen können zur Klimaneutralität beitragen, müssen allerdings gegen die ökologischen Folgen für das Gewässer abgewogen werden. Wasserkraft steht leider oft im Konflikt mit dem Naturschutz, insbesondere in den letzten sehr trockenen Sommern, gibt es Probleme mit dem „sogenannten Restwasser“. Der ökologische Kosten-Nutzen-Aspekt ist hier besonders zu überprüfen.

- 5. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um dem Biodiversitätsverlust im Stadtgebiet entgegen zu wirken?**

Wer offenen Auges durch Marburg geht, der sieht, dass viele Jahre Engagement für naturnahe Grünflächen, Renaturierungen z. B. im Bereich der Lahn, Verbote oder Einschränkungen von Gifteinsatz auf städtischen Flächen schon eine erhebliche Wirkung gezeigt haben.

Ich plane, weitere Teile des städtischen Waldes vollständig der Bewirtschaftung zu entziehen. Durch die bereits umgesetzte Aussaat von Blühwiesen auf städtischen Grünflächen sowie ein Verbot von vermeidbarer Freiflächenversiegelung wie Steingärten in der Bauplanung wird die Biodiversität ebenso verbessert wie durch die geplante Begrünung von Buswartehallen, Dachbegrünungen etc. Schottergärten müssen stärker verhindert werden.

6. Wie stehen Sie zur weiteren Renaturierung der Lahn und anderer Fließgewässer im Stadtgebiet? Welche konkreten Maßnahmen in dieser Hinsicht planen Sie?

Wenn ich den heutigen Stand mit meiner Kindheit vergleiche, dann hat die Renaturierung der Lahn im Stadtgebiet enorme Fortschritte gemacht. Zuletzt wurden im vergangenen Jahr 1,5 Kilometer der Lahn bei der Gisselberger Spannweite renaturiert. Im inneren Stadtgebiet wurden darüber hinaus zahlreiche Maßnahmen zur Renaturierung umgesetzt.

Die Renaturierung der Gisselberger Spannweite wurde im Rahmen des EU-Projekts „Living Lahn“ durchgeführt. Die Dimension dieser aktuellen Renaturierung an der Lahn ist für Hessen bereits außergewöhnlich.

Hier sehe ich den größten Schwerpunkt: in der überregionalen Zusammenarbeit. Insbesondere im Bereich Cappeller Feld und in Wehrda sehe ich hier noch erhebliche Potentiale. Im inneren Stadtbereich gilt es dabei auch, ein Gleichgewicht zwischen Zugänglichkeit – beispielsweise für Projekte der Umweltbildung – und Renaturierung zu wahren. Aber auch hier gibt es noch Potenziale, um die Lahn weitergehend zu renaturieren.

7. In welcher Form wollen Sie sich dem Problem des weiterhin wachsenden Flächen- und Landschaftsverbrauchs stellen? Haben Sie konkrete Ideen oder Vorschläge, wie man im Marburger Stadtgebiet den Netto-Flächenverbrauch auf null reduzieren könnte? Wenn ja, welche?

Marburg engagiert sich seit Jahrzehnten in der Konversion und Umnutzung von Flächen, um den Flächenverbrauch zu reduzieren. Dadurch ist das innerstädtische Potential für Flächenkonversion und effizientere Nutzung zur Minderung des Flächenverbrauchs ziemlich überschaubar. Dennoch sieht der Klimaaktionsplan zu recht die Priorität beim Flächenrecycling, zum Beispiel durch Umnutzung von Gewerbegebieten wie im Bereich Temmlerstraße.

Daneben müssen Wohnraumbedarf, Flächenversiegelung und Verkehrsvermeidung immer gegeneinander abgewogen werden – weshalb ich eine „Stadt der kurzen Wege“ anstrebe. Für zukünftige Bebauungspläne entwickelt die Stadtplanung gerade – in Abstimmung mit dem Klimabeirat – ein Konzept, mit dem der Wohnraumbedarf gedeckt, der Flächenverbrauch minimiert und verbindliche Möglichkeiten der Kompensation von Flächenverbrauch geschaffen werden können. Dazu gehört beispielsweise auch der Ersatz von Parkflächen durch Quartiersparkhäuser und die Förderung von Carsharing, um den Flächenverbrauch für stehende Fahrzeuge zu minimieren.

8. Wie sollen Ihrer Meinung nach stadteigene Grünflächen in Zukunft gestaltet werden? Was sind Ihre Pläne für die im Eigentum der Stadt befindlichen Waldflächen?

Geplant ist, die städtischen Waldflächen einer wirtschaftlichen Nutzung zu entziehen. Geprüft werden muss, ob und wie der städtische Waldbestand mit diesem Ziel erweitert werden kann. Für die städtischen Grünflächen strebe ich – immer in Zusammenarbeit mit den Anwohner*innen im Umfeld – eine stärker naturnahe Gestaltung sowie insbesondere Projekte wie urban gardening an. Auch im Hinblick auf die städtischen Parkanlagen sollen die naturnahen Bereiche erweitert werden.

- 9. Klimabelange und die Wasserversorgung werden zunehmend wichtig für die Entwicklung einer Stadt. Die Stadt Marburg soll und ist gewillt als Oberzentrum in Mittelhessen weitere Siedlungs-, Industrie- und Gewerbeflächen zur Verfügung zu stellen. Das wird die Luftqualität, die Frisch- und Kaltluftzufuhr verschlechtern. Es wird das Anzapfen neuer Quellen und Wasser Ressourcen erforderlich machen und bringt Konflikte: In der nahen Vergangenheit wurde entgegen den Empfehlungen eines wissenschaftlich fundierten Klima-Gutachtens eine Befreiung von einem Bebauungsplan gewährt, die industrielle Belange vor -im Bebauungsplan selbst dokumentierte- Klimabelange setzte. Im Masterplan, der den Ausbau der Behring Nachfolgefirmer unterstützt, ist die Wasserversorgung noch nicht gesichert. Wie möchten Sie und Ihre Partei in Zukunft angesichts des aufgezeigten Spagats die natürlichen Lebensgrundlagen und die Lebensqualität in Marburg erhalten?**

Marburg erarbeitet derzeit ein gesamtstädtisches Klimafolgengutachten, mit dem die Mikroklimata in der Stadt untersucht und Empfehlungen zur Klimafolgenabschätzung und zur Vermeidung negativer Effekte erarbeitet werden. Dabei teile ich die Vorstellung aus der Fragestellung nicht, dass jede Siedlungs- und Gewerbeflächenentwicklung notwendig und immer die Luftqualität sowie die Frisch- und Kaltluftzufuhr beeinträchtigen. Vielmehr kommt es darauf an, durch klug gesteuerte Siedlungs- und Gewerbeflächenentwicklung einen Ausgleich unterschiedlicher Ziele zu erreichen: ohne Gewerbe keine Finanzierung des Klimaaktionsplans, ohne Siedlungsentwicklung keine Reduzierung des Einpendlerverkehrs.

Ich werde auch weiterhin bei allen Vorhaben die Auswirkungen auf Luftströmungen beachten, auch hinsichtlich des Klimawandels und der dadurch bedingten Veränderungen. Dadurch sollen negative Effekte vermieden werden. Es ist mein Ziel das lokale Mikroklima in der Stadt auch in Zeiten des Klimawandels so stabil wie möglich zu halten. Dazu will ich diverse Projekte auf den Weg bringen, zum Beispiel innerstädtische, auch vertikale Begrünungen, Baumpflanzungen als Schattenspender etc.

Beim Thema Wasser lasse ich ein Wassersicherungskonzept erarbeiten. Da wir in der Frage Wassergewinnung auf den ZMW angewiesen sind, sollte dieses in enger Zusammenarbeit geschehen. Ich halte es für einen Fehler, dass der ZMW einen erheblichen Teil seiner Wasserförderung nach Rhein-Main verkauft. Zur Wassersicherung gehört sicher ein sparsamer Umgang mit Wasser in Marburg, die Förderung / verbindliche Vorgabe von Brauchwassersystemen in der Bauleitplanung sowie die Förderung von nachträglicher Brauchwassernutzung. Insgesamt glaube ich aber nicht, dass dadurch die klimawandelbedingte Verschiebung von Niederschlägen kompensiert werden kann. Hier müssen wir prüfen, wie wir Niederschlagswasser und gereinigtes Brauchwasser der Grundwasserbildung wieder zuführen können. Gerade solche Überlegungen müssen aber in der regionalen Zusammenarbeit angegangen werden.

- 10. In Marburg -so zeigt die Vergangenheit und Gegenwart- werden BürgerInnen frühestens in die Planungsangelegenheiten der Stadt eingebunden, nachdem die grundlegenden Entscheidungen und Weichenstellungen bereits getroffen**

worden sind. Sie werden verwiesen auf einen nachgeschalteten Zeitpunkt, zu dem die Bürgerbeteiligung nicht mehr vermieden werden kann, weil sie im Baugesetzbuch vorgeschrieben ist. Können Sie dem in 2011 von der SPD Fraktion vorgeschlagenem Konzept zur Bürgerbeteiligung zustimmen? „Bürgerbeteiligung darf nicht zum Mittel degradiert werden, um nachträglich Akzeptanz zu schaffen für vorher unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefasste Beschlüsse. Die Bürgerinnen und Bürger müssen von Anfang an einbezogen werden, also bereits bei der Frage, ob ein Projekt überhaupt gebaut wird. Beteiligungsprozesse müssen ergebnisoffen sein. Dies bedeutet einen grundlegenden Wechsel in der Planungskultur: Transparenz statt Diskussionen hinter verschlossenen Türen, eine umfassende Öffnung der Planungsverfahren und ein neues, auf Dialog ausgerichtetes Selbstverständnis von Politikern und Verwaltungen.“ (SPD-Bundestagsfraktion, 2011) Wenn Sie dem Konzept zustimmen, geben Sie konkrete Vorschläge, wie eine Bürgerbeteiligung zukünftig in Marburg umgesetzt werden soll. Sie können es an einem Beispiel aufzeigen.

Die zitierte Aussage der SPD Bundestagsfraktion teile ich, halte sie aber für überholt. Ein „neues, auf Dialog ausgerichtetes Selbstverständnis“ von Politik kann man in Marburg bereits erleben. Der in der Einleitung zu dieser Frage geäußerte Vermutung, dass „BürgerInnen frühestens in die Planungsangelegenheiten der Stadt eingebunden (werden), nachdem die grundlegenden Entscheidungen und Weichenstellungen bereits getroffen worden sind“ widerspreche ich entschieden.

Das Gegenteil ist der Fall. Nach Lesart der Frage würde beispielsweise über das Gebiet Hasenkopf derzeit noch gar nicht öffentlich diskutiert, sondern frühestens in zwei bis drei Jahren, wenn Bebauungspläne offengelegt werden. Dies ist offenkundig falsch: Vorgabe der Stadtverordnetenversammlung war, dass neuer Wohnraum in Marburg entstehen soll – was einer objektiven Notwendigkeit entspricht und insbesondere selbst das Ergebnis von Beteiligungsprozessen ist. Daraufhin wurde bereits die Entscheidung über das Baugebiet einem Beteiligungsprozess unterzogen. Danach wurden in einem für Marburg einzigartigen Beteiligungsprozess die Vorgaben für einen städtebaulichen Wettbewerb erarbeitet.

Schon an diesem Beispiel wird deutlich: Bürger*innen werden im Marburg frühzeitig, konsequent, ergebnisoffen und lange vor Entscheidungen in Entwicklungsprozesse einbezogen. Dazu habe ich sogar eine speziellen FD Bürgerbeteiligung geschaffen.

Das gleiche gilt für die Umsetzung der Verkehrswende. Parallel zur notwendigen Erfassung von Mobilitätsdaten erfolgte ein offenes Beteiligungsverfahren, an dem sich bereits fast 4000 Menschen mit ihren Vorstellungen zur zukünftigen Verkehrsgestaltung beteiligt haben. Auf dieser Grundlage erfolgt die Erarbeitung des Gutachtenbüros.

Desgleichen gilt für die Erarbeitung des Klimaaktionsplans. Hier haben sich ergebnisoffen hunderte Bürger*innen mit ihren Ideen, Vorschlägen, Forderungen, Anregungen und Wünschen eingebracht.

Aber auch bei zahlreichen anderen Fragestellungen wurde die Haltung der Bürger*innen explizit eingeholt, wie zum Beispiel bei zahlreichen Befragungen zu konkreten Fragestellungen, teilweise quartiersbezogen.

Das heißt nicht, dass Beteiligung in Marburg bereits optimal sei. Die größte Herausforderung bleibt, alle von Entscheidungen Betroffenen tatsächlich für Beteiligungsprozesse zu gewinnen. Trotz aller Bemühungen sind weiterhin sozial benachteiligte Menschen, Frauen, junge Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund in Beteiligungsprozessen unterrepräsentiert. Hier bedarf es erheblicher Anstrengungen und kreativer Prozesse, um mehr Menschen für Beteiligung zu gewinnen, wie beispielsweise die bereits praktizierte

Beteiligung über Zufallsauswahl, spezielle Formate für junge Menschen, digitale Dialogangebote oder aufsuchende Beteiligung.